

# Arnold: »Dem Land zur Souveränität verhelfen«

SPD-Abgeordneter informiert über Afghanistan: Deutsche Soldaten noch lange im Einsatz

Von Renate Deregowski

Balingen. Weshalb Deutschland an der Afghanistan-Mission teilnimmt, wie die Lage nach dem Tod mehrerer Soldaten ist und welche Ziele mit dem Einsatz verfolgt werden, erläuterte der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold.

Zum Informations- und Diskussionsabend im Zollernschloss fanden sich am Mittwoch zahlreiche Interessierte ein, die von der Vorsitzenden der SPD Balingen, Helga Zimmermann-Fütterer begrüßt wurden.

Da Deutschland seit dem Kalten Krieg stark an Souveränität gewonnen habe und in der Gestaltung Europas und der Welt eine entscheidende Rolle spiele, müsse das Land auch im Krisengebiet vertreten sein, betonte Arnold.

Spätestens seit der Attentate im Jahr 2001 in den USA, sei auch Deutschland in der Pflicht, in Afghanistan für Frieden und Stabilität zu sorgen. Wie dabei vorgegangen werde und welche Mittel zum

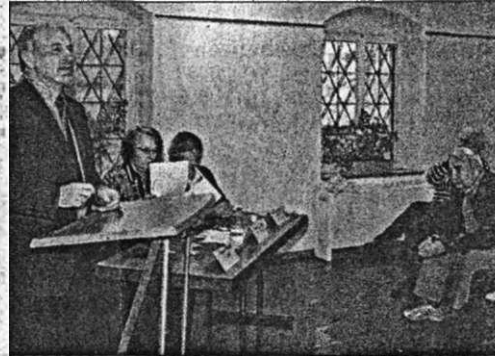
Einsatz kommen sollen, müssten die Militärs vor Ort entscheiden und nicht die Politiker in Deutschland, kritisierte Arnold die derzeitige Diskussion.

Gerade nach dem Tod von drei deutschen Soldaten am Karfreitag sei deutlich geworden, dass es in diesem Bereich Mängel gebe. Die Lage in Afghanistan sei allerdings differenziert zu betrachten. Während es Gebiete gebe, die durch Förderung von außen profitiert hätten, bereite besonders der Süden noch Anlass zur Sorge.

Von »Krieg« wollte Arnold aber nicht sprechen und distanzierte sich von Verteidigungsminister Theodor zu Guttenberg (CSU). Der SPD-Politiker betonte, dass Deutschland und seine Truppen vor allem im Einsatz seien, um dem Land wieder Stabilität und eigene Souveränität im Umgang mit dem Terror und radikalen Fundamentalisten zu geben.

Hilfe, egal in welcher Form, dürfe aber nicht ohne Konditionen angeboten werden. Ausbildungsstätten für Polizei-

Distanziert sich von zu Guttenberg und will nicht von »Krieg« sprechen: der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold.  
Foto: Deregowski



beamte oder im schulischen Bereich seien ein guter Anfang.

Nur durch einen nachhaltigen Re-Integrationsprozess sei es möglich, so etwas wie Frieden durchzusetzen. Dass dies nicht in zwei oder fünf Jahren möglich sei, liegt nach Aussage von Arnold auf der Hand »Wir werden vielleicht noch in 25 Jahren dort sein, aber nicht um zu kämpfen.«

In der Diskussion, die von Angela Godawa geleitet wurde, dankten einige der Zuhörer dem Referenten für die fundierten Informationen. Bei anderen hingegen stießen die Aussagen von Arnold auf Kri-

tik. So sei die Diskussion um den Begriff »Krieg« unsinnig, solange Menschen beim Einsatz ums Leben kämen. Ebenso wurden die lange Zeit zur Erstellung von Hilfskonzepten sowie der westliche Standpunkt beanstandet, der dem Land eine Kultur und Politik aufzwingen wolle, die es so dort nicht geben könne.

Rainer Arnold betonte immer wieder, dass die Menschen in Afghanistan gestärkt werden müssten in ihrem Bestreben nach friedlicher Stabilität. Wichtig und gut sei es daher, dass ein solcher Prozess überhaupt in Gange gekommen sei.

Schwarzwalde  
Bote

9.4.10